

bin bereit, mit Ihnen den Kalender ins Auge zu fassen, um die Europäische Union in den kommenden Jahren zu verwirklichen.

Ich stehe zu Ihrer Verfügung, um mit Ihnen ausführlicher über diese Themen vor dem Europäischen Rat in Straßburg zu sprechen, zum Beispiel am Rande des NATO-Treffens am 4. Dezember in Brüssel<sup>7</sup>.

**Nr. 109**  
**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush**  
**Laeken bei Brüssel, 3. Dezember 1989**

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 79, Bl. 247/1–247/16. – Vermerk des MDg Neuer, 5. Dezember 1989. – Gesprächsbeginn: 20.30 Uhr (Abendessen).

Nach der Begrüßung durch Präsident Bush bemerkt der Bundeskanzler, es sei eine sehr gute Sache gewesen, daß gerade zu diesem Zeitpunkt der Gipfel zwischen Präsident Bush und Präsident Gorbatschow vor Malta<sup>1</sup> stattgefunden habe.

Präsident Bush führt aus, er habe es für sehr gut gehalten, diesen Gipfel nicht mit einer festen Tagesordnung anzugehen. Die Erwartungen, die in der Öffentlichkeit sehr hochgespannt gewesen seien, hätten reduziert werden können. Gorbatschow sei einverstanden gewesen, über einen großen Problembereich zu reden. Er habe sich nicht länger gesträubt, über Menschenrechtsfragen zu diskutieren. Er sei zwar sehr temperamentvoll in der Diskussion gewesen; immerhin hätte man aber über diese Frage mit ihm reden können. Er, Bush, habe auch regionale Konflikte angesprochen. Er wolle hier als Beispiel nennen, daß Präsident Arias von Costa Rica ihn gebeten habe, die Frage des Revolutionsexportes durch Castro aufzunehmen. Er habe auch die Frage von Waffenlieferungen durch die Sowjetunion angesprochen. Gorbatschow habe verneint, daß sowjetische Waffen dorthin geliefert würden. Er habe jedoch nicht sehr insistiert. Bush habe Gorbatschow gegenüber erklärt, das Beste, was er tun könne, sei, sich in dieser Region zurückzuhalten; dies sei ganz wesentlich für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Es sei in dieser Frage keine Übereinstimmung erzielt worden; die Diskussion sei jedoch sehr gut gewesen. Gorbatschow habe sich sehr interessiert an der deutschen Frage gezeigt. Der Bundeskanzler kenne ja Gorbatschows Position. Gorbatschow meine, daß die Deutschen zu schnell vorangingen. Bush habe dazu gesagt, er habe durchaus nicht dieses Gefühl. Der 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers sehe drei Stufen, aber keine Daten vor. Gorbatschow habe bei der Erörterung der deutschen Frage recht gespannt gewirkt. Er habe gesagt, Kohl gehe zu schnell voran. Er, Bush, habe dazu bemerkt, dies sei eine emotional sehr geladene Zeit für die Deutschen. Er kenne Kohl. Er sei vorsichtig und werde die Dinge nicht überstürzen.

Der Bundeskanzler unterrichtet Präsident Bush über den neuesten Stand der Nachrichten aus der DDR. Zentralkomitee und Politbüro seien zurückgetreten. Ein geschäftsführender Ausschuß habe die Führung der Partei übernommen. Bisherige Parteiführer seien aus der Partei ausgeschlossen worden.<sup>2</sup> Der Bundeskanzler nennt in diesem Zusammenhang Ho-

<sup>7</sup> Nr. 111 Anm. 2.

<sup>1</sup> Zu der Begegnung von Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow am 2./3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffes „Maxim Gorki“ vor Malta: Gorbatschow, Gipfelgespräche, 92–129. Zur gemeinsamen Pressekonferenz und anschließenden Pressekonferenz von Präsident Bush, 3. Dezember 1989: Public Papers of the Presidents of the United States. Bush, 1989 II, 1625–1635 und 1635–1640.

<sup>2</sup> Beschlüsse von Zentralkomitee und Politbüro der SED sowie Erklärung des Vorsitzenden des neugebildeten Arbeitsausschusses, Herbert Kroker, 3. Dezember 1989, in: Neues Deutschland, 44. Jg. Nr. 265, 4. Dezember 1989, 1.

necker, Mittag und Tisch. Die ganze alte Garde sei praktisch nicht mehr in der Partei. Honecker sei völlig zusammengebrochen. Der für den Außenhandel zuständig gewesene Staatssekretär Schalck-Golodkowski habe vor wenigen Tagen noch in Bonn verhandelt.<sup>3</sup> Er sei nicht mehr in die DDR zurückgekehrt.<sup>4</sup> Am Donnerstag habe es eine Sitzung in der Volkskammer gegeben, in der eine stürmische Diskussion über die Privilegien der früheren Führung losgebrochen sei.<sup>5</sup> Die Abgeordneten hätten wissen wollen, welche Privilegien nun wirklich gewährt worden seien, wie viele Jagden und Jachten es gegeben habe und welche Konten in der Schweiz geführt würden. Die Volkskammer habe verlangt, daß Staatssekretär Schalck-Golodkowski herbeizitiert werde und Auskunft gebe. Als der Staatssekretär dies gehört habe, sei er im Westen geblieben. In der DDR sei dies alles nur ein Anfang. Am Vortag seien Menschen in Rostock in Räume einer Firma eingedrungen und hätten dort Waffen gefunden. Schalck-Golodkowski sei Geschäftsführer dieser Firma gewesen. Vielleicht hänge das, was Präsident Bush in bezug auf Waffenlieferungen bemerkt habe, auch mit dieser Firma zusammen. Vor dem Gebäude des ZK seien gestern 5000–8000 Menschen versammelt gewesen und hätten nach Krenz gerufen. Als Krenz auf den Balkon getreten sei, sei er niedergeschrien worden. Heute warteten über 10000 vor dem ZK-Gebäude. Bei der Verkündung des Rücktritts sei die Menge in Jubel ausgebrochen. Es hätten sich Menschenketten quer durch die DDR gebildet, zu der die Opposition als Zeichen des Protestes aufgerufen habe. Man schätze, daß ca. 2 Millionen Bürger teilgenommen hätten. Die Dinge seien der SED-Führung aus der Hand geglitten. Er, der Bundeskanzler, habe Gorbatschow vor Wochen schon darauf hingewiesen, daß die Führung in der DDR die Lage nicht beherrsche. Der Bundeskanzler habe Gorbatschow erklärt, es liege nicht in unserem Interesse, daß dort alles außer Kontrolle gerate.<sup>6</sup> Er, der Bundeskanzler, habe jedoch mit der Schnelligkeit der Entwicklung, wie sie jetzt eingetreten sei, nicht gerechnet. Niemand hätte auch erwartet, daß es ein solches Ausmaß an Korruption dort gebe. Die Offenlegung dieser Fakten mache die Menschen wütend. Krenz sei als Generalsekretär nicht mehr im Amt; er werde aber wohl auch als Staatsratsvorsitzender gehen müssen. Er, der Bundeskanzler, könne sich vorstellen, daß Modrow neben seinem Ministerpräsidentenamt auch zum Generalsekretär und daß irgendeine Galionsfigur zum Staatsratsvorsitzenden gewählt werde. Dieses Modell habe es ja zur Zeit Chruschtschows auch in der Sowjetunion gegeben. Mitte Dezember finde der Parteitag der SED statt. Er selbst werde am 18. Dezember 1989 noch in Ungarn sein, wo er vor dem Parlament eine Ansprache halten werde. Am 19. Dezember wolle er dann mit der neuen Führung der DDR zusammentreffen. Eine vordringliche Frage sei die Ersetzung des Begrüßungsgeldes. Die Zahlungen an die DDR-Bewohner, die in die Bundesrepublik zu Besuch kämen, beliefen sich jetzt bereits auf ca. 1,8 Milliarden DM. So könne es nicht weitergehen. Das Begrüßungsgeld sei zu einem Zeitpunkt eingeführt worden, als nur Rentner in die Bundesrepublik reisen durften. Wenn jetzt z.B. ein Ehepaar mit drei Kindern in den Westen

3 Nr. 110 Anm. 14.

4 Der Generalstaatsanwalt der DDR ermittelte gegen Staatssekretär Schalck-Golodkowski im Zusammenhang mit illegalen Waffengeschäften, die am 2. Dezember 1989 bekannt wurden. Schalck-Golodkowski wurde am 3. Dezember aller Ämter enthoben („Fahndung nach geflüchtigtem Chef der Abteilung „Ko-Ko“, in: Neues Deutschland. 44. Jg. Nr. 265. 4. Dezember 1989, 1f.). In einer am 5. Dezember im Bundeskanzleramt übergebenen Note ließ die Regierung der DDR wissen, daß gegen Schalck-Golodkowski ein Haftbefehl wegen Untreue und Vertrauensmißbrauchs vorliege und bat um „sofortige Mitteilung bei einem eventuellen Aufenthalt“ oder „einer möglichen Durchreise“ durch die Bundesrepublik sowie um die „Einleitung von Fahndungsmaßnahmen“ (BArch, B 136/21573, 222 – 35021 Re 1 Bd. 1). Schalck-Golodkowski stellte sich am 6. Dezember im Westteil Berlins den Justizbehörden.

5 Die Debatte folgte einem von dem Abgeordneten Toeplitz vorgetragene „Zwischenbericht über die Tätigkeit des Zeitweiligen Ausschusses zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht der Gesetzesverletzung besteht“. Anschließend billigte die Volkskammer „einnützig“ einen Antrag, der dem Ausschuß umfangreiche Befugnisse übertrug (13. Tagung der Volkskammer, Freitag, 1. Dezember 1989, in: Volkskammer. 9. Wahlperiode. Protokolle. Bd. 25, 317–354, hier 343–353).

6 Nr. 87.

reise, erhalte es 500 DM Begrüßungsgeld. Wenn es für 200 DM Ware bei uns kaufe und 300 DM zum Kurs von ca. 1:20 wieder in Ostmark umtausche, bringe es von dieser Reise noch praktisch 6 Durchschnittsmonatsgehälter mit zurück. Der Bundeskanzler erwähnt noch, daß ein Grundschullehrer in der DDR vom Lebensstandard her gesehen etwa 35% des Einkommens eines Grundschullehrers in der Bundesrepublik Deutschland habe. Am 31. Dezember 1989 werde die Zahlung des Begrüßungsgeldes eingestellt. Ein gemeinsamer Fonds solle an dessen Stelle treten. Er wolle ferner die humanitäre Hilfe an die DDR fortsetzen. In der DDR gebe es als Folge der Abwanderung einen starken Ärztemangel. Wir wollten Ärzte in die DDR schicken. Ein ganz wichtiges Gebiet sei auch der Umweltschutz. Hier sollten verschiedene Projekte fortgesetzt und neue angegangen werden.

Die Frage von Präsident Bush, ob sich die geplanten Umweltschutzvorhaben auch auf die Bundesrepublik Deutschland auswirkten, bejaht der Bundeskanzler und nennt als Beispiel die Elbe, die einen sehr hohen Quecksilbergehalt habe. Wichtig seien die Umweltschutzmaßnahmen in der DDR auch zur Eindämmung des Waldsterbens. Von Bedeutung für uns sei auch eine Verbesserung des Telefonsystems in der DDR. Das sei auch für evtl. Investitionen von Wirtschaftsunternehmen von Bedeutung. Wichtig sei, daß in der DDR freie Gewerkschaften und Parteien zugelassen würden, daß Pressefreiheit eingeführt und die Verfassung geändert werde. Er glaube, bisher habe die Führung versucht, dies zu verhindern; jetzt werde sie dies aber nicht mehr können. Gorbatschow unterstütze dies. Er habe zu dem Bundeskanzler gesagt, wenn sich in der DDR die Verhältnisse so entwickelten wie in Ungarn und in Polen und wenn dort freie Wahlen stattfänden, wolle er eine solche Entwicklung nicht bremsen. Die Sowjetunion wisse, daß sie die alte Garde nicht mehr schützen könne, und habe diese Leute aufgegeben. Wenn die DDR nicht eine ähnliche Wirtschaftsreform wie Ungarn durchführe, habe sie keine Chance. Wenn sie dies tue, werde sie in 3–4 Jahren „auf den Beinen“ sein. Es werde ihr dies schneller gelingen als Polen und Ungarn, weil die Ausgangsbasis günstiger sei. Viele westdeutsche Unternehmer würden bald in der DDR investieren, falls entsprechende Garantien dort gegeben würden. Németh habe ihm erklärt, Modrow habe eine Delegation nach Ungarn gesandt, um die ungarischen Wirtschaftsgesetze zu kopieren. Dies sei sicherlich ein kluger Gedanke.

Der Bundeskanzler kommt auf seine 10-Punkte-Erklärung zu sprechen. Er dankt dem Präsidenten für die ruhige Reaktion der USA. Er wolle ganz offen mit dem Präsidenten über diese Frage sprechen.

Präsident Bush begrüßt dies und unterstreicht, daß die Offenheit des Gesprächs gerade jetzt besonders wichtig sei.

Der Bundeskanzler versichert, daß er nichts tun werde, was unvernünftig sei. Die Reaktionen im Westen seien ihm z.T. sehr unverständlich. Viele Leute wüßten nicht, was sie unterschrieben hätten (KSZE-Schlußakte). Er wolle betonen, daß er keinen Zeitplan für die Durchführung seines 10-Punkte-Programms gemacht habe.

Präsident Bush wirft ein, daß dies ein sehr wichtiger Punkt sei.

Der Bundeskanzler fährt fort, er wolle auf folgende prinzipielle Position in seinem 10-Punkte-Programm hinweisen. Er habe betont, daß wir ein Teil Europas und ein integrierender Bestandteil der EG seien. Ohne ihn, den Bundeskanzler, hätte es den Fortschritt in der Entwicklung der EG nicht gegeben. Er habe dies alles mit François Mitterrand gemeinsam getan, und es sei wichtig, daß man dies herausstelle.

Präsident Bush stellt die Frage, ob Mitterrand Probleme mit dem 10-Punkte-Plan habe.

Der Bundeskanzler verneint diese Frage. Er sage, die 10 Punkte seien keine Alternative zur europäischen Einigung. Im Gegenteil, die europäische Einigung sei eine Voraussetzung für sein Programm. Es gebe zwei Gründe, weshalb die Dinge überhaupt so weit gediehen seien. Dies sei einmal, weil er 1982/83 vor der Drohung nicht zurückgewichen sei und die Stationierung der Pershing II durchgesetzt habe. Als die NATO sich als stabil erwiesen habe, habe

Gorbatschow eingesehen, daß er den Rüstungswettlauf verliere und seine wirtschaftliche Lage immer schlechter werde. Er habe mit der „Perestroika“ begonnen. Die Folgen in Ungarn, Polen und in der DDR seien zu erwarten gewesen; nur die Geschwindigkeit, mit der sie eingetreten seien, wäre überraschend. Das zweite Element sei die europäische Einigung. Für Osteuropa sei es nicht erträglich, vor der Tür zu bleiben. Die Integration Europas sei eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Reformen in Osteuropa. Es sei schade, daß Frau Thatcher so zurückhaltend sei. Er wolle in Straßburg bei dem Europäischen Rat Ende nächster Woche vorankommen. Am Vortag aber habe er in Salzburg mit den Führern der christlich-demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft diskutiert.<sup>7</sup> Gegen sein 10-Punkte-Programm habe es keine Einwendungen gegeben. Am schwierigsten sei Andreotti gewesen. Er befürchte, daß die Bundesrepublik weg von EG-Europa oder der Allianz drifte. Dies sei Unsinn. Die Bundesrepublik Deutschland sei ein integraler Bestandteil der EG und der Allianz. Niemand tue mehr für die Gemeinschaft und das Bündnis als er. Wenn die heutige Situation im September 1983 eingetreten wäre, wäre die Aufregung sicher nur halb so groß gewesen, da die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland damals erheblich schlechter gewesen sei. Das wahre Problem in der Europäischen Gemeinschaft sei, daß die Schere der Wirtschaftskraft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den anderen EG-Ländern sich immer weiter öffne. Alle hätten jedoch einen Vorteil davon, weil die Bundesrepublik Deutschland immer mehr zahle. Jetzt gebe es 62 Millionen Deutsche in der Europäischen Gemeinschaft, was schon wirtschaftlich schwer für die anderen zu ertragen sei. Weitere 17 Millionen dazu seien zuviel. Dies sei das Hauptproblem. Er wolle nochmals darauf hinweisen, daß unsere Position im Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft fest sei. Er habe vorgeschlagen, daß nach Durchführung von freien Wahlen in der DDR und Einsetzung einer frei gewählten Regierung konföderative Strukturen geschaffen würden. Dies bedeute nicht die Schaffung einer Konföderation. Es sollten gemeinsame Ausschüsse beider Staaten auf verschiedenen Gebieten gebildet werden. Dies werde dann weitere Folgen haben. Der Bundeskanzler erwähnt den Vorschlag Präsident Bushs an Gorbatschow, die Olympiade im Jahre 2004 in Berlin gemeinsam zu unterstützen.<sup>8</sup>

Präsident Bush wirft ein, die Sowjets hätten sich hierzu nicht geäußert.

Der Bundeskanzler fährt fort, wenn in Ost-Berlin das Kommunalparlament frei gewählt werde, werde man vor der Situation stehen, daß in Berlin (West) und in Ost-Berlin die gleichen Parteien regierten. Die Grenze dazwischen werde dadurch immer sinnloser. Es sei normal, daß die beiden Teile dann zusammengingen. Wenn er im letzten Punkt seines Programms von einer Föderation gesprochen habe, könne er zu Gorbatschow nur sagen, dies sei eine Sache der Zukunft, die sich erst in Jahren verwirklichen werde. Er könne als deutscher Bundeskanzler nicht sagen, dies werde nie eintreten. Er könne aber sagen, daß alles in Übereinstimmung mit den Nachbarn geschehen solle.

Präsident Bush bemerkt, Gorbatschows Problem sei die Geschwindigkeit, mit der sich diese Entwicklungen vollziehen. Es stelle sich für ihn die Frage, wie sich diese Entwicklung in seine anderen Probleme einfüge. Für Gorbatschow sei es beunruhigend, nicht absehen zu können, wo er morgen stehe. Er habe mit Gorbatschow über die Schlußakte von Helsinki und die Grenzfrage gesprochen. Gorbatschow sehe nicht, wohin die Dinge bei dieser Geschwindigkeit trieben. Er, Bush, empfinde es als beruhigend, daß die Entwicklung friedlich und gewaltlos sei. Man müsse eine Formel finden, die Gorbatschow nicht in Bedrängnis bringe und den Westen trotzdem zusammenhalte. Diese Formulierung solle die Abrüstung und alle Themen einschließen. Es gebe jetzt eine historische Chance für die Abrüstung.

7 Nr. 107 Anm. 1.

8 Präsident Bush unterbreitete den Vorschlag auf dem Gipfeltreffen in Malta (Mitteilung des Weißen Hauses, 4. Dezember 1989, in: Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1989 II, 1642f., hier 1643).

Der Bundeskanzler führt aus, schon aus diesem Grund dürfe man nichts tun, was Gorbatschow beunruhigen könne. Er müsse dabei zwei Punkte berücksichtigen. Er wolle seine Gesamtpolitik wie bisher weiter betreiben, müsse aber auch auf die Stimmung im eigenen Land Rücksicht nehmen. Er habe bei seinen 10 Punkten die KSZE-Schlussakte zum Ausgangspunkt genommen. Die Akte lasse auch die Möglichkeiten der friedlichen Vereinbarung von Grenzänderungen zu. Er wolle jedoch Gorbatschow nicht in die Ecke drängen. Er frage sich, ob er nicht bald mit ihm zusammentreffen solle.

Präsident Bush begrüßt diesen Gedanken. Er habe bei Gorbatschow keine Feindseligkeit verspürt; dennoch sei es gut, wenn jetzt bald eine Begegnung zustande komme.

Der Bundeskanzler fährt fort, er telefoniere oft mit Gorbatschow. Er habe noch keinen Termin für ein Treffen in Aussicht genommen. Es sei nicht seine Absicht, die Lage für Gorbatschow zu erschweren. Der Bundeskanzler kommt auf die Bemerkung von Henry Kissinger zu sprechen, der für die Wiedervereinigung einen Zeitraum von 2 Jahren genannt habe.<sup>9</sup> Er erläutert, daß es ein wirtschaftliches Abenteuer wäre, wenn dies schon in zwei Jahren der Fall sei. Das wirtschaftliche Gefälle sei zu groß. Zunächst müßten die wirtschaftlichen Verhältnisse in den beiden deutschen Staaten in ein gewisses Gleichgewicht kommen.

Präsident Bush stellt die Frage, wie die DDR zur Wiedervereinigung stehe und ob es in der Bundesrepublik unterschiedliche Meinungen bei den politischen Gruppierungen gebe.

Der Bundeskanzler bemerkt, der Informationsstand über die weltpolitische Entwicklung in der DDR sei niedrig. Sie habe 40 Jahre praktisch in Quarantäne gelebt. Das westdeutsche Fernsehen erreiche Teile der DDR erst seit wenigen Jahren. So sei z. B. der Begriff der freien Marktwirtschaft dort nicht verwendbar, weil er diffamiert sei. Menschen, die für die Wiedervereinigung dort eintreten, sagten z. B., sie wollten keine Marktwirtschaft, aber auch keinen Sozialismus, da dieser bankrott sei. Es sei alles noch sehr wenig ausgegoren. Die Menschen dort müßten noch Zeit zum Nachdenken haben. Die Selbstbestimmung sei nur dann fair, wenn die Bürger wüßten, was sie tun. Man könne ja z. B. daran denken, die Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Aber alles brauche eben seine Zeit. Deshalb verspüre er keinen Druck. Er brauche eine ruhige Periode der Entwicklung. Man könne nicht wissen, was in 10 Jahren sei. Man dürfe sich nicht unter Druck setzen lassen. Wichtig sei es, daß die Menschen bei uns sehen, was der Bundeskanzler wolle. Die meisten seien damit sehr zufrieden.

Präsident Bush stimmt diesem Gedankengang zu.

Der Bundeskanzler weist auf die Zustimmung von SPD und FDP im Deutschen Bundestag hin. Die Grünen seien gegen seinen Plan. Sie seien für eine totale Neutralisierung, die Abschaffung der Bundeswehr und für eine andere Europäische Gemeinschaft. Sie wollten eine neutrale DDR und eine Form des grünen Sozialismus in beiden Ländern. Die Sozialdemokraten hätten seinem Programm am letzten Dienstag noch zugestimmt.<sup>10</sup> Jetzt bestehe Streit, weil die Linken in der SPD sagten, das Programm sei ein Sieg für Helmut Kohl. Auf Parteebene hätten ja Kontakte zwischen der SED und der SPD bestanden. Es sei auch eine Vereinbarung zwischen den beiden Parteien unterschrieben worden.<sup>11</sup> Heute seien die Unter-

9 Der frühere amerikanische Außenminister Kissinger äußerte in einem vom Zweiten Deutschen Fernsehen am 29. November 1989 in gekürzter Fassung ausgestrahlten Interview die Ansicht, „die Wiedervereinigung sei unausweichlich“. Sie müsse „nicht im nächsten Jahr“ stattfinden, könne „aber auch nicht mehr zehn Jahre dauern“ (Studio 1, 20.30 Uhr, Wortlaut in: Deutschland 1989. Bd. 3, 1276f.; Teilabdruck in: Die Welt. Nr. 279. 30. November 1989, 6).

10 Die Verkündung des Zehn-Punkte-Plans durch Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 vor dem Deutschen Bundestag wurde in den Reihen der SPD mit Beifall aufgenommen (Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenogr. Berichte. Bd. 151. Plenarprotokoll 11/177, 13510–13514). Unmittelbar anschließend erklärte der Abgeordnete Karsten Voigt (SPD), seine Partei stimme „in allen zehn Punkten zu“, und bot „Zusammenarbeit bei der Verwirklichung dieses Konzeptes, das auch unser Konzept ist, an“ (ebd., 13514–13516, hier 13514).

11 Nr. 11 Anm. 10.

zeichner auf DDR-Seite im Gefängnis, stünden unter Hausarrest oder seien aus der Partei ausgeschlossen. Die FDP sei im Prinzip für sein Programm, jedoch bitterböse, weil es sein Erfolg sei. Dies sei im Zusammenhang mit den Wahlen zu sehen. Für ihn sei das alles kein schwieriges Problem. Im vergangenen Jahr sei er wegen der Reformvorhaben in einer innenpolitisch schwierigen Lage gewesen. Es sei nun einmal so, wenn ein Land in einer schlechten wirtschaftlichen Lage sei, sei es schwer zu regieren; wenn es ihm gutgehe, noch schwerer. Genau das sei unsere Situation. Die Menschen machten zu viele Ansprüche geltend. Er betone in seinen Reden immer wieder, wenn man nur von seinen Rechten rede und nicht lerne, auch seine Pflichten im Auge zu haben, hätten wir keine Zukunft. Die deutsche Frage sei wie eine Grundwelle gekommen; deshalb sei es notwendig und wichtig gewesen, daß der deutsche Bundeskanzler sagt, in welche Richtung die Entwicklung gehen solle. Der Bundeskanzler fährt fort, es werde keine Probleme geben, wenn man unsere Grundstimmung verstehe. Die Selbstbestimmung müsse vernünftig und klug durchgesetzt werden.

Präsident Bush bemerkt, bei der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts müsse man berücksichtigen, daß die Dynamik des Wandels in der Sowjetunion uns allen zugute komme. Man müsse es Gorbatschow ermöglichen, Advokat für einen friedlichen Wechsel zu sein. Dies sei eine komplizierte Sachlage. Er habe zu ihm gesagt, man müsse es auch einmal von der deutschen Seite aus betrachten und sehen, welche Emotionen die Vorgänge in Deutschland hervorriefen. Präsident Bush fährt fort, er glaube, Gorbatschow sehe dies, er müsse dies auch sehen, und er zwingt ihn auch nicht, seinen Kurs zu ändern. Dies sei eine Schlüsselfrage.

Der Bundeskanzler erkundigt sich, was Gorbatschow zur wirtschaftlichen Lage in der Sowjetunion geäußert habe.

Präsident Bush bemerkt, seine Äußerungen seien entmutigend gewesen. ...<sup>12</sup> Dies sei eine große Herausforderung für uns. Gorbatschows großes Problem sei es, daß die Regale in den Läden leer seien.

Der Bundeskanzler fragt, ob Gorbatschow um Hilfe gebeten habe.

Präsident Bush verneint diese Frage. Wir alle wüßten, daß Gorbatschow sehr stolz sei. Z. B. sei Außenminister Schewardnadse bei der Pressekonferenz gefragt worden, ob die Sowjetunion wolle, daß die USA ihr aus der Patsche helfen. Schewardnadse habe darauf ärgerlich reagiert. Man habe ferner über Klimaverbesserungen für Investitionen gesprochen. Dann sei von Pacht- und Erbfolgerecht die Rede gewesen. Die ganze Diskussion über wirtschaftliche Fragen habe nicht wegen der Unaufgeschlossenheit, sondern wegen der Unwissenheit der Russen etwas Unwirkliches gehabt. Gorbatschow habe z. B. an der Verwendung des Ausdrucks „westliche Werte“ Anstoß genommen. Er, Bush, habe gesagt, „Glasnost“ entspreche den westlichen Werten ebenso wie Frieden und Selbstbestimmung. Er habe das Gefühl, wenn man über westliche Werte spreche, bringe man Gorbatschow in eine Verteidigungsstellung. Man sollte besser den Ausdruck „demokratische Werte“ verwenden. Er wolle nochmals auf die Frage eines Treffens zwischen dem Bundeskanzler und Gorbatschow zurückkommen. Er würde ein solches Treffen als sehr nützlich betrachten. Er glaube, Gorbatschow habe einen falschen Eindruck. Bush habe Gorbatschow darauf hingewiesen, daß Helmut Kohl ja gerade keinen Zeitplan vorgesehen habe.

Der Bundeskanzler betont erneut, daß er eine wegweisende Erklärung abgeben mußte. Nur so könne er den Kurs seines Landes halten. Wir trügen fast die ganze finanzielle Bürde in Westeuropa. Eine Reaktion auf den Vorschlag von Präsident Bush betreffend den Stabilisierungsfonds für Polen sei in Westeuropa – außer von uns – bisher nicht erfolgt. Wir hätten 250 Millionen Dollar zugesagt.

12 Ein Satz nicht freigegeben.

Präsident Bush wirft ein, die Japaner hätten 150 Millionen Dollar zugesagt.

Der Bundeskanzler fährt fort, dies sei nun eine Summe von 650 Millionen. Die kleine Schweiz wolle weitere 50 Millionen Dollar dazugeben. Aber wo blieben die Leistungen der anderen? Am Freitag sei eine Gruppe von amerikanischen Senatoren bei ihm gewesen.<sup>13</sup> Er habe ihnen erklärt, daß wir bei der Polenhilfe den Bush-Vorschlag unterstützen wollten. In London hätte man auch etwas tun können. Die Summe sei ja schließlich nicht so gewaltig. Der Winter in Polen werde hart werden. Dies gelte auch für die Sowjetunion und Ungarn. Németh sei vor 14 Tagen bei ihm zu Hause gewesen.<sup>14</sup> Die Lage in Ungarn sei katastrophal. Die Sowjetunion habe ihre Energielieferung an Ungarn um 30% gekürzt, weil das sowjetische Transportsystem praktisch zusammengebrochen sei. Die Korruption sei gewaltig; die Lage werde schlechter. Unser Interesse müsse es sein, daß Gorbatschow im Amt bleibe.

Präsident Bush stimmt zu und stellt die Frage, wie die westlichen Partner auf das 10-Punkte-Programm des Bundeskanzlers reagierten. Ob es Unterschiede gebe?

Der Bundeskanzler stellt fest, daß es große Unterschiede gebe, z. B. in der Europäischen Gemeinschaft. González habe sich klar und positiv geäußert; auch bezüglich des Selbstbestimmungsrechts. François Mitterrand sei klug und wisse, daß es schlecht für Frankreich sei, gegen das Selbstbestimmungsrecht zu sein. Er wolle, daß alles in moderater Weise verlaufe, daß es keine Hektik gebe und die deutsche Einigung mit der Entwicklung der europäischen Integration verbunden bleibe. Hier stimmten wir überein. Was die Entwicklung in der EG angehe, sehe Mitterrand einige Punkte anders, z. B. was die Rechte des Europäischen Parlaments betreffe. Mitterrand glaube, die gegenwärtige Lage des EP könne unverändert so bleiben. Er, der Bundeskanzler, glaube dies nicht. Die Entwicklung gehe in die Richtung von mehr Kontrolle des EP über die Kommission. Dies sei eine Frage des Demokratieverständnisses. Aber seit de Gaulle habe es eine eigenartige Entwicklung in Frankreich gegeben. In der Vierten Republik sei das Parlament zu stark gewesen; jetzt habe man das andere Extrem. Insofern sei Mitterrand ein Nachfolger de Gaulles. Luxemburg und Belgien hätten keine Probleme. Die Niederlande hätten immer sehr stark auf London geschaut. London sei sehr verhalten.

Präsident Bush bezeichnet diese Bemerkung als das Understatement des Jahres.

Der Bundeskanzler fährt fort, daß die Schweiz und Österreich positiv reagiert hätten.

Präsident Bush fragt, ob die niederländische Haltung nicht mit dem Zweiten Weltkrieg verknüpft sei.

Der Bundeskanzler bejaht dies. Er respektiere dies auch. Die Nazis hätten Holland besonders schlecht behandelt. Die Holländer hätten dies um so mehr empfunden, als sie vor 1933 sehr deutschfreundlich gewesen seien. Der Bundeskanzler weist auf die Asylgewährung an Kaiser Wilhelm II. hin. Ribbentrop habe am Tag vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Holland noch versichert, daß eine Invasion Hollands nicht beabsichtigt sei. Dies sei unvergessen geblieben. In Belgien sei die Lage damals insofern anders gewesen, als es bis zum Ende des Krieges von einem Militärbefehlshaber verwaltet worden sei. In den Niederlanden sei indessen eine zivile Regierung eingesetzt worden, die sich aus den schlimmsten Wiener Nazis zusammengesetzt habe. Zu all dem sei noch die Verfolgung der Juden in Holland hinzugekommen.

Präsident Bush erwähnt, die niederländische Königin habe ihm gesagt, daß sie einige Nazis freigelassen habe. Sie sei deshalb heftig getadelt worden. Präsident Bush erkundigt sich nach der Meinung von Frau Thatcher.

Der Bundeskanzler führt aus, er habe ein gutes Verhältnis zu Frau Thatcher. Es gebe jedoch grundsätzliche Gegensätze. In einem Gespräch mit ihr über Churchill habe er einmal fest-

13 Nr. 104.

14 Nr. 93 Anm. 1.

gestellt, daß das Problem sei, daß Frau Thatcher vor Churchill lebe. Sie habe bis heute noch nicht die Rede von Churchill verstanden, die er 1947 in Zürich gehalten habe<sup>15</sup>. So erkläre sich vieles. Sie sage, das Europäische Parlament könne keine Rechte haben, weil Westminster keine abgeben könne. Vor zwei Wochen habe sie geäußert, was für ein Parlament sei das EP. Es spreche nicht einmal eine Sprache. Frau Thatchers Vorstellungen entsprächen einfach nicht mehr der Zeit. In der deutschen Frage sei sie der Meinung, die Nachkriegsära sei noch nicht zu Ende gegangen.

Präsident Bush erkundigt sich, ob sie Mißtrauen gegenüber Deutschland hege.

Der Bundeskanzler verneint dies. Sie sehe es aber als ungerecht an, wie die Geschichte sich entwickle. Man könne das ja auch verstehen und müsse fair sein. Großbritannien habe im Zweiten Weltkrieg seine Existenz aufs Spiel gesetzt und ein Weltreich geopfert. Es habe den Krieg gewonnen und viel verloren. Dies spiele eine große Rolle. Er verstehe nur nicht, daß Frau Thatcher das Falsche tue. An ihrer Stelle würde er sich an die Spitze der Bewegung setzen, um Deutschland einzubinden. Er sage, es gebe eine Zukunft Deutschlands in Frieden und Freiheit nur unter einem europäischen Dach. Mitterrand habe dies begriffen.

Präsident Bush bemerkt, er wisse, daß der Bundeskanzler ausgezeichnete Beziehungen zu Mitterrand habe. Margaret Thatcher sei in Camp David gewesen.<sup>16</sup> Er sei sehr besorgt darüber, daß es eine Festung Europa geben werde und daß zentrale Institutionen die Souveränität in Europa übernehmen würden (Brüssel).

Der Bundeskanzler betont, daß es mit ihm keine Festung Europa geben werde. Er sei für freien Welthandel. Auch sei er absolut gegen eine zentrale Bürokratie. Dafür gebe es in Europa keine Mehrheit. Europa könne nur in enger Verbindung mit den USA leben. Die Wahrheit sei, daß sie glaube, die Führung Europas liege in London. Er habe nichts gegen diese Auffassung einzuwenden, sie treffe jedoch nicht zu.

Der Bundeskanzler erkundigt sich nach dem Ergebnis des Gesprächs Bush/Gorbatschow in bezug auf die Abrüstung.

Präsident Bush führt aus, er habe den Eindruck, Gorbatschow sei erleichtert. Bushs erste Kommentare hätten Gorbatschow gezeigt, daß die USA vorankommen wollten. Dies gelte für den konventionellen Bereich und START. Einen Kompromiß könne es bezüglich der chemischen Waffen geben. Er, Bush, habe Gorbatschow zugesagt, die binären Waffen nicht zu modernisieren, wenn die Russen in den übrigen Fragen zustimmten.<sup>17</sup> Er, Bush, glaube, Gorbatschow habe dies verstanden. Was die Seestreitkräfte angehe, habe Bush geäußert, er glaube, auch hier müsse man vorankommen und versuchen, ein Abkommen abzuschließen. Es sei Gorbatschow klargeworden, daß die USA bezüglich der Seestreitkräfte in einer anderen Lage als die SU seien. Gorbatschow wolle jedoch auch Abrüstung bei den Seestreitkräften. Gorbatschow sei aus dem Gespräch mit dem Wissen weggegangen, daß Bush auch hier Fortschritte wolle. Die SU sei besonders besorgt wegen der seegestützten Raketen. Beide Seiten hätten Interesse daran, bald in der Frage der konventionellen Rüstungsbeschränkung zu einem Abschluß auf einer niedrigeren Ebene zu kommen.

Der Bundeskanzler fragt, ob über Kurzstreckenraketen gesprochen worden sei.

Präsident Bush verneint dies.

Der Bundeskanzler bemerkt, die Frage der Kurzstreckenraketen sei wegen der Veränderung der Lage in Europa jetzt komplizierter geworden. Er kenne die amerikanische Diskussion

15 Nr. 1 Anm. 11.

16 Präsident Bush empfing Premierministerin Thatcher am 24. November 1989 in Camp David zu einem viereinhalbstündigen Meinungsaustausch (Erklärung von Pressesprecher Fitzwater, 24. November 1989, in: Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1989 II, 1591; Thatcher, Downing Street No. 10, 1099f.; auf amerikanischen Akten beruhende Darstellung in: Zelikow/Rice, Sternstunde der Diplomatie, 172f.).

17 Zu diesem Vorschlag von Präsident Bush in Malta: Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1989 II, 1643; Gorbatschow, Gipfelgespräche, 98, 109f., 118f.



bezüglich des Haushalts. Der Bundeskanzler habe bisher alle Angriffe abwehren können. In der Euphorie bestehe die Gefahr, den Verteidigungsetat zusammenzustreichen. Er werde jedoch Kurs halten. Er sei für Abrüstung Schritt für Schritt, wenn wirkliche Fortschritte erzielt werden. Seit Mai sei die Situation bei uns jedoch psychologisch schwieriger geworden. ...<sup>18</sup> So habe z. B. Reykjavik<sup>19</sup> große Probleme für uns geschaffen. Als Bush gewählt worden sei, habe jeder gesagt, der frühere Vizepräsident werde im Stil Reagans weitermachen. Der Besuch Bushs im Frühjahr habe einen großen Eindruck in der Bundesrepublik Deutschland hinterlassen. Auch Frau Bush habe einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Wichtig sei es, daß die USA und ihr Präsident die Führerschaft behielten. Bush werde jede Unterstützung von ihm haben.

Der Bundeskanzler erkundigt sich, ob ein Zeitplan für die nächsten Abrüstungsschritte erörtert worden sei.

Präsident Bush führt aus, ein fester Zeitplan sei nicht vereinbart worden, aber man wolle im Juni 1990 eine Vereinbarung zu START schließen. Über die konventionellen Waffen solle auch möglichst 1990 ein Abkommen unterschrieben werden. Auch bezüglich der chemischen Waffen wolle man so schnell wie möglich vorgehen. Bezüglich der chemischen Waffen befänden sich die USA derzeit in der Reduzierungsphase. General Scowcroft ergänzt, die USA hätten sich vorbehalten, die binären Waffen zu modernisieren. Dies sei von sowjetischer Seite nicht gut aufgenommen worden. Er glaube, es gehe für sie da um einen Sicherheitsfaktor. Das Problem der binären Waffen könne gelöst werden, wenn die SU den restlichen Punkten des amerikanischen Vorschlags zustimme.

Der Bundeskanzler sieht die Chance, daß im nächsten Jahr ein START-Abkommen und [ein Abkommen] über konventionelle Waffen unterzeichnet werden und ein Abkommen bezüglich der chemischen Waffen im September/Oktober.

Präsident Bush stimmt zu, bemerkt aber, daß man die Dinge sehr vorantreiben müsse, wenn man zu diesem Ergebnis kommen wolle.

Der Bundeskanzler führt aus, daß dies für uns eine hervorragende Sache wäre. Er könnte dann alle Angriffe gegen ihn abwehren. Es wäre sehr gut, wenn er sagen könne, die NATO und Präsident Bush hätten ihre Versprechungen gehalten.

Präsident Bush betont, daß General Galvin sehr dafür sei. Morgen werde er die NATO ermutigen, schnell voranzumachen. Man müsse sich jedoch vor Euphorie hüten.

Der Bundeskanzler betont nochmals, daß ein Erfolg in diesen Fragen außerordentlich positiv wäre, und bietet Präsident Bush seine Unterstützung an.

Präsident Bush bemerkt, er müsse vorsichtig sein. Schon jetzt sei Botschafter Walters in einer Talk-Show gefragt worden, ob die besondere Beziehung, die früher zu Großbritannien bestanden habe, jetzt mit der Bundesrepublik Deutschland bestehe. Walters habe jedoch sehr gut reagiert.

Der Bundeskanzler wiederholt, wenn man über chemische Waffen und START einig werde, würde dies enorme Auswirkungen haben. Auch für Gorbatschow und seine Generale ergebe sich eine neue Situation. Der Warschauer Pakt habe über Nacht eine andere Qualität erhalten. Niemand glaube mehr daran, daß die Armee der DDR marschiere. Dasselbe gelte für die ungarische und die polnische Armee. D. h., die Zahlen hätten einen völlig anderen Wert.

Präsident Bush wirft ein, daß es trotzdem gut wäre, wenn die sowjetischen Divisionen zurückgezogen würden.

18 Zwei Sätze nicht freigegeben.

19 Zu dem Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik: Reykjavik, Erinnerungen, 592–596; Ronald Reagan, Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben. Berlin 1990, 716–722.

Der Bundeskanzler stimmt zu. Es sei für Gorbatschow schwierig, wenn gesagt werde, die NVA habe keinen Sinn mehr. Jedenfalls habe sich die Lage total verändert. Bis Weihnachten seien bei uns 200 000 Übersiedler in diesem Jahr im Durchschnittsalter von 28 Jahren eingetroffen. Es handle sich dabei um Jahrgänge, die der Wehrpflicht unterliegen. Das müsse man auch sehen.

Präsident Bush stimmt zu und bemerkt, bei den Übersiedlern handle es sich gewiß oft um die besten und intelligentesten Personen.

Das Gespräch, das um 20.30 Uhr begann, endet ca. 22.30 Uhr.

*Neuer*

### Nr. 110 Gespräch des Bundesministers Seiters mit Ministerpräsident Modrow Berlin (Ost), 5. Dezember 1989

BArch, B 136/20578, 221 – 35014 Ge 31 Bd. 1. – Vermerk des MDg Duisberg, 11. Dezember 1989. Verteiler: StÄV, St Bertele; BMB, AL II; BMWi, St von Würzen; BMF, St Klemm; AA, St Sudhoff; AL 2. – Mit Vorlage des MDg Duisberg an Chef BK: „Anliegend wird ein zusammenfassender Vermerk über das o.a. Gespräch mit der Bitte um Billigung und Zustimmung zu dem Verteiler vorgelegt. Soweit weitere Ressorts betroffen sind, sollen sie durch Auszüge unterrichtet werden.“ Abgezeichnet: „S[eiters]“.

1. Das Gespräch fand am 05. Dezember 1989 um 15.00 Uhr im Gebäude des Ministerrats in Ost-Berlin statt. Es dauerte etwa eine Stunde und 40 Minuten, davon die letzten 20 Minuten unter vier Augen.

Teilnehmer waren

- auf seiten der DDR: Ministerpräsident Modrow, Außenminister Fischer, Außenhandelsminister Beil, der Leiter der Ständigen Vertretung, Neubauer, Gesandter Schindler, stellvertretende Finanzministerin Frau Dr. König, der Vizepräsident der DDR-Staatsbank, Meyer;
- auf unserer Seite: BM Seiters, St Dr. Bertele, MDgt Dr. Duisberg, Herr Speck, MD Dr. Dobiey.

Nach dem Gespräch stellten sich Ministerpräsident Modrow und BM Seiters den Fragen der Presse.

2. Bei dem Gespräch wurde die in einer Besprechung am 04.12.1989 im MfAA zwischen MDgt Dr. Duisberg und Gesandter Schindler vorbereitete Gemeinsame Pressemitteilung mit einigen geringfügigen Änderungen gebilligt.<sup>1</sup> In der noch offengebliebenen Frage des Umtauschverhältnisses für den zweiten Teilbetrag von 100,- DM erklärte sich die DDR mit einem Satz von 1:5 einverstanden.

Die Frage von BM Seiters, ob es eine Kontrollmöglichkeit gebe, daß mit dem eingetauschten Geld tatsächlich gereist werde, wurde von seiten der DDR verneint. Zur Frage der Kontrolle gegen eine mißbräuchliche Inanspruchnahme des Umtausches erklärte die DDR-Seite, daß für das erste Jahr der Umtausch unter Vorlage des Personalausweises erfolgen solle, in dem ein entsprechender Eintrag gemacht werde; für Kinder unter 14 Jahren solle die Karte der Sozialversicherung vorgelegt werden, um eine doppelte Inanspruchnahme (beim Vater und bei der Mutter) zu vermeiden.

1 Gemeinsame Presseerklärung, 5. Dezember 1989, in: Bulletin. Nr. 138. 7. Dezember 1989, 1173 f.